

Beschlussauszug

aus der
19. öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
vom 17.07.2023

Top 8 Resolution Landwirtschaft geändert beschlossen
- Antrag der CDU-Fraktion vom 22.11.2020 -

Der Vorsitzende des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses, Herr Bollé, berichtet aus der Sitzung des Ausschusses am 11.07.2023. In dieser Sitzung wurde eine gemeinsame Landwirtschaftsresolution erarbeitet.

Herr Gibbe von der CDU-Fraktion erläutert eingehend die Beweggründe für diese gemeinsame Resolution und den als Anlage beigefügten Änderungsantrag vom 17.07.2023. Nur über diesen Änderungsantrag aller Fraktionen vom 17.07.2023 wird abgestimmt.

Ursprünglicher Beschlussvorschlag: (NICHT ABGESTIMMT)

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der nachfolgende Resolutionstext wird in der vorliegenden Form beschlossen.
2. Die Resolution ist durch den Magistrat der Stadt Langenselbold an nachfolgende Adressaten zu richten: Kreisausschuss des Main-Kinzig-Kreis, Landesregierung des Bundesland Hessen, Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland, Bundesrat der Bundesrepublik Deutschland, Europäische Kommission der Europäischen Union.

Resolution Landwirtschaft

1) Mehr Respekt, Anerkennung und Wertschätzung für die deutsche Landwirtschaft

Die deutsche Landwirtschaft ist systemrelevant und fordert zu Recht mehr gesellschaftliche Anerkennung für ihre umfangreiche tägliche Arbeit. Die Themengebiete Landwirtschaft und gesunde Ernährung sollten deshalb zukünftig bereits in der Schulausbildung mehr Raum einnehmen. Ziel ist es in der Schule ein realistisches Bild vom vielfältigen und fordernden Berufsalltag eines Landwirts und deren Rolle für die Gesellschaft zu vermitteln. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Langenselbold erkennt die Anstrengungen und Leistungen unserer Landwirte in den Bereichen Nahrungsmittelversorgung, Umweltschutz und dem Erhalt unserer Kulturlandschaft für unsere Gesellschaft an und würdigt diese ausdrücklich.

2) Qualität zum angemessenen Preis

Unsere in Deutschland produzierten Lebensmittel wie Fleisch, Milch, Käse und Getreide haben einen hohen Qualitätsstandard und dürfen keine teuren Luxusprodukte werden. Es gilt in einem fairen marktwirtschaftlichen Umfeld industrielle Großbetriebe, mittelständische Unternehmen und lokale Kleinbetriebe nicht gegeneinander auszuspielen und unter Preisdruck zu setzen. Zum Schutz des Wettbewerbes vor Kartellbildungen ist eine verstärkte Kontrolle der marktbeherrschenden Lebensmittelkonzerne durchzuführen. Es gilt unsere deutsche kleinstrukturierte Landwirtschaft im Haupt- und Nebenerwerb zu erhalten und vor

der Marktmacht der Agrar- und Lebensmittelkonzerne nach Kräften zu schützen. Aus diesem Grund ist die wachsende Zahl an internationalen Freihandels- und Konklusionsabkommen (wie etwa Mercosur) zu kritisieren, da sie zu einer wachsenden Konkurrenz aus dem Ausland und einem Ressourcen intensiven internationalen Lebensmittel-Discount-Preiskampf führen.

3) Fairerer Wettbewerb und klare Strukturen

Seitens der EU ist auf einheitliche Förderrichtlinien für den Agrar-Sektor hinzuwirken, um eine Wettbewerbsverzerrung im EU-Binnenmarkt zu verhindern. Die Entbürokratisierung und insbesondere die Entbürokratisierung des Vergabeverfahrens von staatlichen Landwirtschaftshilfen ist dringend geboten. Ziel muss es sein die Verfahren zu vereinfachen, die Auszahlungen (z.B. die Dürrehilfe) zu beschleunigen oder unbürokratische Alternativen wie höhere Steuerfreibeträge für Gewinne aus landwirtschaftlicher Tätigkeit durchzusetzen. Leider verbringen bereits heute „moderne“ Landwirte mehr Zeit mit der Bürokratiebewältigung als bei der Arbeit auf dem Feld oder im Stall.

4) Agrar-Reform nur mit Sinn und Verstand

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Langenselbold steht hinter einer Agrar-Reform, die eine Verbesserung für Gesellschaft, Landwirte, Nutztiere und die Umwelt mit sich bringt. Aus diesem Grund fordern wir politische Entscheidungen und langfristige Reformen mit Planungssicherheit für die Landwirtschaft auf Basis von realistischen und empirisch nachvollziehbaren Daten zu treffen. Die beschlossene Reform der Düngeverordnung ist zu stoppen und auf eine faktische Grundlage zu stellen.

5) Zielorientierte Politik für Landwirte

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Langenselbold fordert eine Landwirtschaftspolitik mit klaren Perspektiven, Projekten und einer langfristigen Planbarkeit für unsere landwirtschaftlichen Betriebe. Ziel ist es den landwirtschaftlichen Betrieben eine Chance zu eröffnen, den unaufhaltsamen Strukturwandel in der Landwirtschaft aktiv und betriebsverträglich gestalten zu können. Die gemeinsamen Beratungen und Fachgespräche zwischen den staatlichen Institutionen und den Vertretern der landwirtschaftlichen Interessensgruppen (wie etwa dem Bauernverband oder LSV) sind zielorientiert, konstruktiv und auf Augenhöhe zu führen. Die Verteilung einer „Bauern-Milliarde“ oder anderer Finanzhilfen nach dem Gießkannen-Prinzip sind keine Lösungen für die vielfältigen Herausforderungen der Zukunft. Dabei stellt die Modernisierung der Landtechnik einen in den kommenden Jahren besonders förderungswürdigen Teilbereich da, um stetig effizient sowie umwelt- und bodenschonend wirtschaften zu können.

6) Schutz von klein und mittelständischen Betrieben

Stadtverordnetenversammlung der Stadt Langenselbold stellt fest, dass die Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe im Haupt- und Nebenerwerb in den letzten Jahrzehnten in Deutschland massiv gesunken ist, während die Anzahl an Einwohnern der Bundesrepublik kontinuierlich gestiegen ist und noch weiter steigen wird. Ein deutscher Landwirt muss heute bereits deutlich mehr Menschen versorgen als noch vor 50 Jahren und das bei stetig zunehmender Bodenversiegelung, dem Entzug von landwirtschaftlicher Nutzfläche (wie z.B. durch die Erweiterung der Gewässerrandstreifen), wachsenden bürokratischen Auflagen und Kostendruck. Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft muss deshalb auch bedeuten, dass bestehende Betriebe und deren benötigte Infrastruktur (wie etwa nahegelegene Schlachthöfe oder Mühlen) erhalten bleiben und der Entzug von Ackerflächen oder deren Nutzungseinschränkung finanziell ausgeglichen werden muss. Die betrieblich genutzten Flächen sollten bereits aus wirtschaftlichen und ökologischen Gründen in Betriebsnähe liegen.

7) Klare Worte und klare Linie

Abschließend sind Politik und Landwirtschaft dazu aufgefordert eine Debatte darüber zu führen, was man eigentlich unter „Mehr Respekt für die Landwirtschaft versteht“. Die vergangenen Monate haben verdeutlicht, dass Politik und Landwirtschaft unterschiedliche Auffassungen davon haben was man unter „Mehr Respekt“ versteht und wie man diesen Respekt zum Ausdruck bringt.

Abstimmungsergebnis über den als Anlage beigefügten Änderungsantrag:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
32	0	0

Die Richtigkeit des vorstehenden Auszuges wird bestätigt.

Langenselbold, den 27.07.2023

Der Magistrat
i. A.